

Dr. Sebastian Gilbert

Seidewitzer Str. 10 B
01796 Pirna

sebastian-gilbert@arcor.de
Pirna, 04.11.2018

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Michael Kretschmer

Staatskanzlei
Archivstr. 1
01097 Dresden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in der Bemühung, die wirtschaftliche Lage der Städte Pirna, Heidenau und Dohna zu verbessern, ist der Industriepark Oberelbe (IPO) in Planung. Es soll ein ca. 140 ha großer Industriepark auf derzeitig landwirtschaftlich genutzter Fläche entstehen. Auf Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie sind jedoch erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Standortes angebracht:

1. Unwiederbringliche Versiegelung und damit Verlust landwirtschaftlich wertvoller Fläche (Bodenklasse 2). Die Staatsregierung des Freistaates Sachsen dringt auf eine Reduzierung des Flächenverbrauches auf mindestens die Hälfte des derzeitigen Wertes von ca. 4 ha pro Tag. Ein so immenser Flächenverbrauch von 140 ha (ohne Ausgleichflächen!) ist nicht zu rechtfertigen, zumal es im östlichen Teil des Freistaates große ungenutzte, weitgehend versiegelte Flächen, z.B. die mindergenutzten Flugplätze von Kamenz, Rothenburg und Großenhain gibt.
2. Für diesen großen Industriepark ist kein Eisenbahnanschluss vorgesehen. Somit ist jeglicher Warentransport auf den Straßenverkehr angewiesen. Schon jetzt ist der LKW-Verkehr ein immenses Problem durch „fahrende Lagerhallen“. Eine weitere Förderung der Straßenverkehrslast muß unbedingt vermieden werden, sowohl aus verkehrstechnischen als auch aus ökologischen Gründen. Eine Anbindung des IPO an die neugeplante Eisenbahnstrecke Dresden -Prag ist völlig unrealistisch, da diese in einem ganz anderen zeitlichen Korridor gebaut werden soll. Ein Industriepark diesen Ranges ohne Eisenbahnanschluss ist wirtschaftlich und ökologisch ein Unding.
3. Wirtschaftliches Risiko: Trotz erhoffter Fördermittel werden die Kommunen erhebliche Millionenbeträge aufbringen müssen, um das Gelände zu erschließen. Bei völlig ungeklärter Investorenlage besteht damit ein enormes finanzielles Risiko, das z. B. ein privater Investor niemals eingehen würde, geschweige denn Bankkredit dafür erhalten würde. Dieses Risiko soll nun der Steuerzahler tragen?

Noch zu dem, da die Erschließungskosten für diese Fläche überdurchschnittlich hoch sein werden. (s. Pkt.4) Eine drohende finanzielle Zwangsverwaltung dieser Kommunen ist absehbar. Schon jetzt wurden in Pirna die Ausgaben für Kindergärten und Schulen im Haushaltplan gekürzt.

Inwieweit sich die angepeilten Steuereinnahmen jemals realisieren lassen werden, ist zumindest zeitlich völlig nebulös.

4. Bei den vorgesehenen Flächen handelt es sich um vorwiegend geneigte Flächen. Bereits in der „Machbarkeitsstudie“ wird die erforderliche Haltung des zu erwartenden Oberflächenwassers als problematisch bzw. ungeklärt beurteilt. Es ist absehbar, dass dadurch erhebliche Mehrkosten bei der Erschließung durch den notwendigen Flutschutz entstehen werden, die entweder die Kommunen aufbringen müssen oder aber Investoren abschrecken werden. Bei mangelndem Flutschutz vor Starkregenereignissen sind besonders die unterliegenden Wohnlagen an der Seidewitz, der Gottleuba und in der Ortslage Krebs erheblich gefährdet. Gerade Pirna hat leidvolle Fluterfahrungen in jüngster Vergangenheit machen müssen. Es ist wegen des Klimawandels mit der Zunahme solcher Ereignisse in Anzahl und Schwere zu rechnen.
5. Wirtschaftliche Resilienz: unabhängig davon, wieviele Arbeitsplätze im IPO geschaffen werden können (es sollen ca. 3000 sein), wird es bei der jetzt schon angespannten Lage auf jeden Fall zur Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte kommen. Die Industrielöhne können kleine Betriebe nicht realisieren. Einen Verlust der Arbeitskräfte können gerade die klein- und mittelständigen Betriebe, durch die die Region geprägt ist, nicht verkraften. Die Folge ist das Zugrundegehen dieser Kleinbetriebe mit Minderung der wirtschaftlichen Resilienz der Region. Das läßt zusätzlich schlechte Aussichten auf konjunkturell nicht so günstige Zeiten wie jetzt erwarten.
6. Landschafts- und Naturschutz: der geplante IPO tangiert das Landschaftsschutzgebiet mit dem Barockgarten Großsedlitz. Untrennbar zum Garten gehörend sind Sichtachsen, die das wertvolle Ensemble mit der Landschaft verbinden und es in diese einbetten. Die Störung dieser Sichtachsen wäre ein unwiederbringlicher kulturhistorischer Schaden. Weiterhin grenzt die IPO-Fläche an ein wertvolles Flächen-Fauna-Habitat. Die Folgen auf dieses besonders durch nächtliche Lichtemission sind nicht tolerierbar. Daneben gibt es weitere Biotope, die gepflegt werden sollen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie mögen mich als „Bedenkenträger“ empfinden. Aber genau ein solch großes Vorhaben sollte nicht bedenkenlos durchgezogen werden. Mir ist bewußt, dass es in Sachsen weiter eine konsequente Wirtschaftsförderung geben muss. Gute Ansätze dazu sind in der Ihnen sicherlich bekannten Agenda „Wirtschaftsförderung 4.0“ enthalten. Bei solch Großprojekten sollte jedoch unbedingt eine überregionale Koordinierung erfolgen, damit die benötigten Steuermillionen effektiv eingesetzt werden und gut gemeinter lokaler Ehrgeiz nicht zum Schaden wird.

Im Lausitzer Braunkohlenrevier sind Ihre ganz persönlichen Antworten, und in der nächsten Zeit besonders, auf die Fragen der Umstrukturierung gefragt. Ich bitte Sie dringlich, auch in diesem Zusammenhang die Sinnhaftigkeit des IPO einschließlich von Standortalternativen zu bedenken.

Weil diese Problematik für viele Menschen in der Region von Bedeutung ist, sehen Sie es mir bitte nach, dass ich diesen Brief in öffentlicher Form an Sie richte.

Hochachtungsvoll!